

**19. Wahlperiode**

**Schriftliche Anfrage**

**des Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)**

vom 01. September 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 01. September 2022)

zum Thema:

**Miniwälder II – Don Gärtner vom Bersarinplatz und sein Kampf gegen  
Windmühlen**

und **Antwort** vom 15. September 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. Sep. 2022)

Senatsverwaltung für  
Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz

Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

## **A n t w o r t**

**auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19 / 13 084**

**vom 01. September 2022**

**über „Miniwälder II - Don Gärtner vom Bersarinplatz und sein Kampf gegen Windmühlen“**

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft (zum Teil) Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg (BA FK) um Stellungnahme gebeten. Sie wird in der Antwort an den entsprechend gekennzeichneten Stellen wiedergegeben.

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Der Tagesspiegel vom 27. August 2022 berichtete über einen engagierten Bürger, der auf einem totgetrampelten, betonharten und vermüllten Streifen am Bersarinplatz über viele Jahre eine kleine grüne Stadtoase anlegte und regelmäßig pflegte, um einen kleinen Beitrag für ein besseres Stadtklima zu leisten. „Der Kiezgärtner bemüht sich um Kontakt zum Bezirksamt, doch sämtliche Schreiben laufen ins Leere: „Nie wurde auch nur eines davon beantwortet“, sagte er. Dabei wäre es so wichtig, Details mit den Behörden zu klären.“

Frage 1:

In der Drucksache 19/12567 vom 1. Juli 2022 („Erkenntnisse zu und Potenziale von Miniwäldern in Berlin“) wurde vom Senat geschrieben, dass die Anlage von Miniwäldern auf Flächen der öffentlichen Hand mit der jeweiligen Flächenverwaltung abzustimmen ist. Im oben geschilderten Fall konnte ein engagierter Bürger keinen Kontakt zum Bezirksamt herstellen. Handelt es sich hier um einen bedauerlichen Einzelfall oder ein strukturelles Problem der Berliner Bezirksämter?

Antwort zu 1:

Dazu liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor.

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg nimmt dazu wie folgt Stellung:

„Das sehr hohe Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach Informationen und Austausch stellt alle Straßen- und Grünflächenämter (SGÄ) in Berlin vor eine große Herausforderung. Aufgrund der bekannt geringen personellen Kapazitäten lässt sich der begründete Anspruch der Bürger\*innen leider oftmals nicht zur vollen Zufriedenheit erfüllen. Ob und inwiefern eine Kontaktaufnahme des sog. „Don Gärtners vom Bersarinplatz“ stattgefunden hat, lässt sich leider aufgrund fehlender Dokumentation solcher Anfragen nicht mehr nachvollziehen“

Frage 2:

Gibt es in Fällen schwieriger Kontaktaufnahme zur „jeweiligen Flächenverwaltung“ eine zentrale Anlaufstelle in der Senatsverwaltung für Umwelt? Falls nein, hält der Senat die Einrichtung einer derartigen Stelle für sinnvoll, um offensichtlich überforderte Bezirksämter zu entlasten und engagierten Bürgern eine verlässliche Anlaufstelle zu bieten?

Antwort zu 2:

Eine zentrale Anlaufstelle für alle flächenbezogenen Fragen existiert nicht. Für Urban-Gardening-Projekte existiert ein Ansprechpartner in der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz.

Frage 3:

Wie bewertet der Senat derartige Eigeninitiativen von Bürgern? Wo werden dabei Herausforderungen gesehen und wie lassen sich diese bürgernah lösen?

Antwort zu 3:

Das Engagement von Bürgerinnen und Bürger für das Berliner Stadtgrün hat eine lange Tradition und ist an vielen Stellen der Stadt sichtbar. Eine Herausforderung ist aus Sicht des Senats die Vereinbarkeit von rechtlichen Pflichten der Verwaltung (z. B. Verkehrssicherungspflicht) und den gärtnerischen Vorstellungen und Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger. Hier ist ein Sich-aufeinander-Zubewegen im Einzelfall nötig.

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg nimmt dazu wie folgt Stellung:

Grundsätzlich steht der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg möglichen Kooperationen mit Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern offen gegenüber. Es gibt dafür zahlreiche positive

Beispiele. Meist gelingt dies über Initiativen, die Ideen kanalisieren und in das Bezirksamt kommunizieren. Im Stadtteil Friedrichshain, wo der Gärtner vom Bersarinplatz aktiv wurde, gibt es sogar ein Kiezbüro, an das sich Bürgerinnen und Bürger mit genau solchen Anliegen wenden können. Durch solche Kanäle reduziert sich die Gefahr, dass einzelne Anliegen in der Flut von Anfragen untergehen.

Von Pflanzungen ohne vorherige Absprache sollten Bürgerinnen und Bürger absehen. Zum Beispiel kann das Anlegen eines Miniwaldes Auswirkungen auf die Verkehrssicherung haben.

Frage 4:

Der Stadtgärtner vom Bersarinplatz sah sich letztendlich gezwungen, den mühsamen Weg über eine Vereinsgründung zu gehen (tinyforestberlin e.V.). Welche einfacheren Möglichkeiten gibt es für Bürger, die verödete Stellen in ihren Kiezen mit einem Miniwald zum stadtklimafreundlichen Leben erwecken wollen?

Antwort zu 4:

In der Antwort zur Frage 4 der Schriftlichen Anfrage Nr. 19/12567 wurden bereits Wege zu einem Miniwald aufgezeigt:

„Bei der Anlage von sogenannten Miniwäldern handelt es sich um projektbezogene Einzelfälle. Ein Miniwald könnte im Rahmen einer Mitmachaktion angelegt werden, die interessierte Bürgerinnen und Bürgern einschließt. Im Max-Delbrück-Gymnasium wurde bspw. ein Miniwald gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern als Schulhofbegrünung angelegt. Andere Möglichkeiten sind u.a. vorstellbar in Zusammenarbeit mit Kiezinitiativen, Vereinen oder Nachbarschaftsforen.“

Eine Einschätzung, inwieweit ein einfacherer Weg für das Miniwald-Projekt am Bersarinplatz gangbar gewesen wäre, liegt dem Senat nicht vor.

Grundsätzlich ist in elf Bezirken (außer Marzahn-Hellersdorf) die Begrünung von Baumscheiben durch Bürgerinnen und Bürger auf eine unkomplizierte Art und Weise, also ohne eine Vereinsgründung o.ä. möglich. Dabei sind die jeweiligen Regelungen der bezirklichen Straßen- und Grünflächenämter zu beachten.

Berlin, den 15.09.2022

In Vertretung

Dr. Silke Karcher  
Senatsverwaltung für  
Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz